

Schweiz

Er will der Schweiz die BDP erklären

Die Wahlen in Bern haben die BDP elf Sitze und ihr Sieger-Image gekostet. Parteipräsident Martin Landolt sagt, diese schmerzhaft Erfahrung sei genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen.

Von Janine Hosp

Die Berner Wahlen hatten für die BDP so gut begonnen. Am Sonntagnachmittag erhält Präsident Martin Landolt die erste SMS: Finanzdirektorin mit bestem Resultat im Amt bestätigt. «Wunderbar», denkt er sich. Als die zweite SMS einen Sitz minus meldet, ist er nicht beunruhigt; er hat, weil die BDP in den letzten Wahlen vom Widmer-Schlumpf-Effekt profitierte, mit Verlusten gerechnet. Es sollten aber noch etliche SMS aus Bern kommen, alle mit schlechten Nachrichten. Am Ende des Tages sind 11 der 25 Sitze weg, das Sieger-Image ebenfalls. Und es stellt sich die Frage, ob die BDP überhaupt noch eine Zukunft hat. Oder ob sie, die sich gewissermassen aus der linken Rippe des SVP-Überwärters Christoph Blocher erschaffen hat, nur Ausdruck eines Protests war. Eines Protests gegen das Gebaren der Schweizer SVP.

Nun sind die Augen auf den Präsidenten gerichtet, denn bereits im Mai und Juni stehen in Graubünden und Glarus die nächsten Wahlen an. Gibt dieser im Fernsehen Interviews, wirkt er oft ernst und etwas zerknittert, und man meint, man würde die Last des Amtes auf seinen Schultern sehen. Jetzt aber, wie er am Esstisch seines Einfamilienhauses in Näfels von den bewegten letzten Tagen erzählt, wie er bei allem Ernst der Situation auch lacht, hat er etwas Bübisches, ist im Element. Am Tag nach dem Debakel hat er zehn Stunden lang mit Journalisten telefoniert; kaum hat er das Telefon aufgelegt, klingelte es wieder. Am Radio redete er ruhig, sprach von einer grossen Schlappe, die man nicht schönreden könne, und schonte sich auch selber nicht. Das kommt gut an, im Glarnerland und in der übrigen Schweiz.

Kommunikation soll es richten

Er, der smarte und gewandte Kommunikator, sieht in der Kommunikation auch das Heil seiner Partei. Die BDP, im Image der anständigen SVP gefangen, brauche kein neues Programm und keine neue Strategie. Sie müsse nur hartnäckig kommunizieren, wofür sie stehe. In Bern sei dies nicht gelungen; den Grund für die Verluste sieht Landolt weniger in der Politik der Kantonalpartei als in ihren Transporteuren. «Wenn auf dem Plakat ein bald 70-jähriger zu sehen ist und darunter steht «Erfrischend anders», nimmt uns das keiner ab.»

Aber selbst für Landolt wird es ein Kunststück, den Wählern klarzumachen, wofür die BDP steht. Er will sie nämlich als moderne und zugleich konservative Partei positionieren. Für ihn kein Widerspruch: «Man kann für ein härteres Strafrecht sein und trotzdem für den Atomausstieg.» Alte Weggefährten indessen sagen, sie wüssten weder wofür die BDP genau stehe noch wofür Landolt selber. Er sei politisch wenig fassbar, passe damit aber perfekt in das



Will seine Partei als modern und zugleich konservativ positionieren: Martin Landolt im Garten seines Hauses in Näfels. Foto: Reto Oeschger

Glarner System, in dem man äusserst pfleglich miteinander umgehe. Auf dem schmalen Talboden, der links und rechts scharf von aufsteigenden Felswänden begrenzt wird, kann man sich schlecht aus dem Weg gehen. Deshalb, so sagt einer, müsse man einen Weg finden, wie man miteinander auskommt.

Glarus hat nur gerade einen Nationalrat - Martin Landolt - und zwei Ständeräte, und wenn man einen Sitz gewinnen will, so erklärt Landolt, muss man gemässigt auftreten. Es hat nicht Platz für das ganze Spektrum. In Glarus werden Politiker diszipliniert, bevor ihre Karriere überhaupt begonnen hat. An der Landsgemeinde bekommen sie schon früh mit, dass der falsche Ton, eine abfällige Bemerkung, ein überhebliches Votum schonungslos abgestraft werden.

Landolt hat diese Lektion gelernt. Wie ein Stern, dessen Umlaufbahn vorgegeben ist, ist er aufgestiegen: 1998

wurde er Landrat, damals noch für die SVP, 2001 Fraktionspräsident, 2006 Landratspräsident und 2009 Nationalrat - nachdem er aus der SVP ausgetreten war; er hat deren Stil immer weniger ertragen. Zusammen mit Parteikollegen gründete er die BDP, was ihm in Glarus von manchen als reiner Opportunismus ausgelegt wird. Er habe nicht warten wollen, bis sein Förderer This Jenny, als dessen Nachfolger er inoffiziell galt, zurücktritt. Stattdessen habe er via BDP den schnellsten Weg nach Bern gewählt. «Fertiger Blödsinn», meint jedoch Landolt. Er sei aus der SVP ausgetreten, ohne zu wissen, wie es weitergehe und ob er überhaupt in der Politik bleibe. Und auch die SVP habe ihn schon ins Rennen um einen Nationalratsitz schicken wollen, er habe aber abgelehnt. «Ich hätte mich nicht wohlgeföhlt, wenn ich in derselben Fraktion wie Christoph Mörgeli hätte sitzen müssen.»

Erst Anfang dieses Jahres bekam Landolts Karriere erstmals einen Dämpfer. Er wollte in den Ständerat wechseln und wurde, diesmal von den Stimmbürgern, mit einem denkbar schlechten Resultat abgestraft. Landolt hat die Botschaft verstanden: Er soll zufrieden sein mit dem Mandat, das er hat.

Schicksalswahl im Frühling

Hat die BDP nach dem letzten Sonntag noch eine Zukunft? Landolt findet, nun erst recht: «Die schmerzhaft Erfahrung ist gerade zum richtigen Zeitpunkt gekommen.» Die BDP habe in den letzten Jahren mühelos Sitze holen können. Hätte er seine Parteikollegen aufgefordert zu kämpfen, hätte dies wohl keine grosse Wirkung gehabt. Das Schicksal der BDP, das ist sich Landolt bewusst, entscheidet sich nicht erst nächstes Jahr an den eidgenössischen Wahlen, sondern schon diesen Frühling.

Wahlkampf

Alle blicken nun nach Graubünden

Nach dem Berner Debakel wartet die BDP gespannt auf die Wahlen vom 18. Mai in ihrer Hochburg Graubünden.

Von Daniel Foppa und Raphaela Birrer

In Graubünden, der Heimat von BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, werden am 18. Mai Parlament und Regierung neu gewählt. Dann wird sich zeigen, ob der Berner Urnengang ein Gradmesser für das aktuelle Wählerpotenzial der BDP war - oder ob der erhebliche Sitzverlust spezifischen kantonalen Gegebenheiten geschuldet ist.

BDP-Nationalrat Hansjörg Hassler geht von Letzterem aus: «Themen wie eine nachhaltige Energie- oder eine liberale Wirtschaftspolitik spielen anders als im konservativeren Bern eine zentrale Rolle. Und bereits vor dem Ausschluss aus der SVP politisierten wir sozialer und damit linker als die Mutterpartei.» Andreas Felix, BDP-Fraktionschef im Grossen Rat und Wahlkampfleiter, hält

dagegen wenig von einer Einordnung im Links-rechts-Schema. Nur schon aufgrund der Entstehungsgeschichte, die 2008 mit dem unfreiwilligen Ausschluss aus der SVP begann, sei die BDP Graubünden bürgerlich orientiert und keine neue, sondern eine traditionelle Kraft.

Einen grösseren Einfluss als die inhaltliche Ausrichtung dürfte ohnehin das Wahlsystem haben. Denn Graubünden ist neben Appenzell Innerrhoden der letzte Kanton, der sein Parlament im Majorzverfahren wählt: Entscheidend sind nicht die Wähleranteile pro Partei, sondern die Stimmen für die einzelne Person. Dadurch werden die Kandidaten der grossen Parteien bevorteilt. Erst letztes Jahr haben die Bündner Stimmberechtigten an der Urne entschieden, am Majorzsystem festzuhalten.

«Im Majorz zählen Köpfe, nicht Parteien. Und solche hat die BDP zuhauf», gibt sich Hassler zuversichtlich. Mit 27 Sitzen ist seine Partei im 120-köpfigen Bündner Grossen Rat die drittgrösste Fraktion. Stärker sind nur die FDP (40) und die CVP (32). Die durch die Abspaltung der BDP dezimierte SVP ist ledig-

lich mit 4 Sitzen vertreten und erreicht damit nicht einmal Fraktionsstärke. Dazu wären 5 Sitze nötig.

Politikexperte Mark Balsiger geht im Gegensatz zu den BDP-Exponenten davon aus, dass das Berner Debakel nicht ohne Folgen für die BDP Graubünden ist: «Kantone sind nicht autarke Gebilde. Für die BDP ist die Gefahr gross, dass das Berner Resultat in der Schlussphase des Wahlkampfes zum Problem wird.» Balsiger kann sich gut vorstellen, dass die SVP ihre Sitzzahl verdoppelt. Allerdings müsse das nicht zwingend zulasten der BDP gehen. «Aufgrund des Majorzsystems hängt sehr viel vom Standing der einzelnen Kandidaten in ihren Wahlkreisen ab», sagt Balsiger.

Heinz Brand mit guten Chancen

Eng wird es für die BDP bei den Wahlen in die Regierung. Zwar ist Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner unbestritten. Für den Sitz des zurücktretenden Hansjörg Trachsel kandidiert neben BDP-Kantonalpräsident Jon Domenic Parolini und dem chancenlosen GLP-Kandidaten Jürg Kappeler jedoch auch Heinz

Brand, SVP-Kantonalpräsident und Nationalrat sowie landesweit bekannter Migrationsexperte. Brand leitete während 25 Jahren das Bündner Amt für Asylwesen. Trotz seiner harten Linie in Asylfragen geniesst er über seine Partei hinaus Ansehen. Wird er gewählt, verliert die SVP Schweiz ein Jahr vor den Nationalratswahlen ihren Migrationsexperten, denn Bündner Regierungsräte dürfen nicht im Nationalrat sitzen.

Brand ist bereits bei den Regierungsratswahlen 2010 angetreten. Damals holte er 13 070 Stimmen und blieb rund 3000 Stimmen hinter dem fünftplatzierten und gewählten Martin Jäger (SP) zurück. Vier Jahre später hat sich der Pulverdampf der BDP-Abspaltung gelegt. Es ist gut möglich, dass Brand die Wahl nun schafft und die SVP damit wieder in der Regierung vertreten sein wird. Umfragen sehen ihn leicht im Vorteil gegenüber Parolini.

Die spannende Ausgangslage dürfte zu einer zusätzlichen Mobilisierung der BDP- und SVP-Anhänger führen - was plötzlich SP-Regierungsrat Jäger gefährlich werden könnte.

Nachrichten

Schweiz-EU EU-Staaten wollen die Lösung mit Kroatien diskutieren

An ihrer nächsten Arbeitssitzung wollen die EU-Staaten den Schweizer Vorschlag zur Personenfreizügigkeit mit Kroatien beraten. Die Schweiz hatte Kroatien angeboten, die Personenfreizügigkeit umzusetzen, ohne das Zusatzprotokoll zu unterzeichnen. Im Gegenzug verlangt die Schweiz, dass die auf Eis gelegten Verhandlungen zum Forschungsabkommen Horizon 2020 und zum Studentenaustauschprogramm Erasmus+ von der EU deblockiert werden. Die Signale aus Kroatien dazu sind positiv, die EU-Kommission scheint weniger begeistert zu sein. Informelle Kontakte zwischen der Schweiz und der EU-Kommission dazu sollen stattgefunden haben. (SDA)

Zuwanderung Sozialhilfefälle sind meistens Working Poor

Gewisse Kantone richten stellensuchenden EU-Bürgern Sozialhilfe aus. Zahlen zeigen nun, dass es unter den Zuwanderern nicht überdurchschnittlich viele Sozialhilfefälle gibt und dass Betroffene die Leistungen vor allem wegen tiefer Löhne in Anspruch nehmen. Weit über die Hälfte von ihnen sind nicht arbeitslos, sondern sogenannte Working Poor: Sie arbeiten zwar, erhalten dafür aber kein ausreichendes Einkommen. Dies geht aus einem Bericht hervor, den die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats gestern veröffentlicht hat. (SDA)

Strafrecht Ständerat will Grooming nicht unter Strafe stellen

Das Anbahnen sexueller Kontakte mit Minderjährigen im Internet - sogenanntes Grooming - soll nicht explizit unter Strafe gestellt werden. Die Rechtskommission des Ständerats hat eine Initiative der Schwesterkommission abgelehnt. Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit wird Grooming in der Schweiz bereits strafrechtlich verfolgt, wenn konkrete Schritte für ein erstes Treffen unternommen werden. (SDA)

Raumplanung Ständerat will Lex Koller nicht verschärfen

Die Rechtskommission des Ständerates will keine Verschärfung der Lex Koller, die den Grundstückkauf von Personen aus dem Ausland einschränkt. Sie hat gestern zwei entsprechende Motionen der Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran abgelehnt. Die Mehrheit sei der Ansicht, dass die bestehenden Preissteigerungen im Immobilienmarkt mit einer Verschärfung nicht gebremst werden können, teilt die Kommission mit. Sie stellt sich damit gegen Bundesrat und Nationalrat, die einige Ausnahmen der Lex Koller aufheben wollen. (SDA)

Kreuz & (ver)quer



Nun raten Sie mal, wie die SBB den Platzmangel in den Zügen bekämpfen. Mit zusätzlichen Wagen? Falsch: mit Volkserziehung. Neuerdings wird

im notorisch überfüllten 7.32-Uhr-Intercity von Zürich nach Bern regelmässig via Lautsprecher gepredigt, man solle künftig den Zug um 7.48 Uhr benützen: «Dort hat es genügend freie Sitzplätze.» Wer gestern Freitag diesem Ratschlag folgte, konnte feststellen: Es hat in der Tat viel Platz um 7.48 Uhr. Bloss nutzte das wenig, da drei Minuten vor dem Abfahrtstermin die Durchsage kam: «Wegen einer Stellwerkstörung fällt dieser Zug leider aus. Wir bitten Sie, ihn wieder zu verlassen.» (fre)

✘

Und nun raten Sie nochmals: Was bekommt eine Zugladung SBB-Passagiere zu hören, nachdem sie aus dem 7.48er-Zug spedierte wurde und sich in den (doppelt überfüllten) Intercity um 8.02 Uhr nach Bern gedrängt hat? Richtig, die folgende Durchsage: «Geschätzte Fahrgäste, wir empfehlen unseren Stammkunden von Zürich nach Bern, den Zug um 7.48 Uhr zu benützen. Dort hat es genügend freie Sitzplätze ...» (fre)